

der Wahl des 1. Bürgermeisters in Kaiserslautern aufgestellt, jedoch unterlegen<sup>13</sup>), machten ihn zum hervorragenden Mitarbeiter Bürckels, der die Saar-Materie von Grund auf kannte. Als Regierungspräsident in der Westmark löste Barth kurz vor Kriegsende die Saarbrücker Behörde auf bzw. leitete deren Verlegung nach Landstuhl und Würzburg.

Zu Barths Wirken in Bürckels Behörde soll im folgenden die Erklärung von Dr. Walter Decker, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Saarbrücken (1941 - 1945) vom 29. August 1949, abgegeben anlässlich des Säuberungsverfahrens des Regierungspräsidenten<sup>14</sup>, dienen: "K. Barth hatte sich im Rahmen der behördlichen Verwaltung des Gebietes Saar-Pfalz-Lothringen vor allem die Entscheidung in grundsätzlichen Wirtschaftsfragen vorbehalten." Decker spricht von der "auf einem gläubigen Christentum beruhende(n) Anschauungswelt" Barths, nennt ihn einen "Pflichtmenschen"; er war nach seiner Überzeugung kein "Nationalsozialist im üblen Sinne des aktivistischen Parteigenossen", sei gerade durch solche Parteigenossen in die stärksten Gewissenskonflikte getrieben worden. Barth habe sich "vor allem dem damaligen Gauleiter Bürckel und seinem Partiestab gegenüber als lebendiges Gewissen bewährt und ihre Befehle und Entschlüsse sehr oft, wenn nicht völlig verhindert, so doch ganz wesentlich abgeschwächt", so z.B. bei der Milderung der Umsiedlungsaktion sowie der Wehrpflicht der Lothringer während der Besetzung Lothringens, der Regelung der Verwaltung der sequestrierten lothringischen Vermögen nach seinen eigenen gemäßigten Richtlinien, der Einführung steuerlicher Sonderbestimmungen, bei der großzügigen Vergütung von Kriegsschäden sowie kredit- und handelspolitischen Sondermaßnahmen für die lothringischen Einwohner zur allgemeinen Erleichterung der Kriegslasten, bei der Sabotage bei Kriegsende hinsichtlich der Anordnungen zur Zerstörung oder Lähmung der gewerblichen Betriebe (im Gegensatz zu dem auf SS-Kurs stehenden Nachfolger Bürckels, Willi Stöhr), der Einberufung des Volkssturmes oder beim Abtransport der Jugendlichen, weitgehend bei der Rettung der Saar-Kohlengruben und der lothringischen und saarländischen Hüttenwerke.

Das gleiche Bild zeichnete auch Bernhard Seibert<sup>15</sup>, Leiter einer der wichtigsten Stahlbauunternehmen an der Saar. So habe sich Barth schon ab 1942 in bewußtem Ge-

---

<sup>13</sup> Niederschrift des Reg.Dir. Barth, in: Jolas Erinnerungen, Bd. 2, S. 328 u. 335; vgl. F. Jacoby, Herrschaftsübernahme, S. 94.

<sup>14</sup> Erklärung v. 29.8.1949. LA Saarbrücken, Best. OSR, 396/49. K. Barth wurde von der I. Kammer des Obersten Säuberungsrates in Saarbrücken am 1.12.1949 in die Gruppe IV als "Mitläufer" eingestuft, nachdem er am 27.8.1948 von der Spruchkammer in Heidelberg ebenso eingestuft worden war.

<sup>15</sup> B. Seibert an den Staatskommissar für die pol. Säuberung des Saarlandes v. 29.8.1949. Ebd. Best. OSR, 396/49. Mit der Ost-West Verlagerung waren wahrscheinlich die Planungsvorhaben des Reiches in Bezug auf die lothr. Wirtschaftsunternehmen gemeint, z.B. wenn Göring am 2.8.1940 "die Vergrößerung des deutschen Einflusses bei ausländischen Unternehmen" als "ein Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik" forderte, wobei in Lothringen im Juli 1940 die legalen Geschäftsführungsorgane ausgeschaltet und durch bestellte Verwalter (sog. kommiss. Verw. od. Treuhänder) ersetzt wurden. Nach der "Verordnung über die Behandlung des feindlichen Vermögens" v. 24.11.1941 und der "Verordnung